FDP
Die Liberalen

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 20. August 2026 / SO
20260904_VL_Stimmrechtsberater_d

Elektronischer Versand: *ehra@bj.admin.ch*

Änderung Obligationenrecht (Stimmrechtsberater)

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, uns im Rahmen der Konsultation zum oben genannten Objekt zu äussern. Nachstehend finden Sie unsere Stellungnahme.

Die FDP.Die Liberalen stimmt dem Vorentwurf zur Änderung im Obligationenrecht über Stimmrechtsberater des Bundesrates zu. Der Vorentwurf beschränkt sich auf das eigentliche Problem möglicher Interessenkonflikte bei Stimmrechtsberatern und setzt dabei konsequent auf Transparenz statt auf Verbote oder zusätzliche Regulierung. Weder den Stimmrechtsberatern noch den Unternehmen wird verboten, gleichzeitig unterschiedliche Dienstleistungen anzubieten beziehungsweise in Anspruch zu nehmen. Ebenso werden keine zusätzlichen Pflichten für institutionelle Anleger geschaffen. Damit wird der parlamentarische Auftrag schlank und verhältnismässig umgesetzt. Es wird auf eine umfassende Regulierung der Stimmrechtsberater sowie auf Verbotsnormen für Unternehmen oder Berater verzichtet.

Aktionärinnen und Aktionäre sollen wissen, wenn ein Stimmrechtsberater gleichzeitig Dienstleistungen für die betreffende Gesellschaft erbringt und diese Information bei der Beurteilung seiner Empfehlungen berücksichtigen können. Weitergehende staatliche Eingriffe sind dafür nicht notwendig. Die Parteien bleiben frei, entsprechende Mandate zu vereinbaren. Verlangt wird lediglich die Offenlegung des betroffenen Unternehmens und der erbrachten Dienstleistungen. Damit wird die Informationsgrundlage verbessert, ohne die Vertragsfreiheit der beteiligten Akteure unnötig einzuschränken.

Die Offenlegung ist zudem einfach und mit geringem administrativem Aufwand möglich, da sie an bestehende Mitteilungsformen der Gesellschaft anknüpft. Es braucht weder neue Behörden noch zusätzliche Aufsichtsstrukturen. Wo keine entsprechenden Dienstleistungen bezogen werden, entsteht überhaupt keine zusätzliche Verpflichtung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident	Die Co-Präsidentin	Der Generalsekretär
Benjamin Mühlemann	Susanne Vincenz-Stauffacher	Jonas Projer
Ständerat	Nationalrätin	